



Alternativantrag

der Fraktion der FDP

zu „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es eine entschlossene Industriepolitik“ (Drs. 20/720)

Industriepolitik in Schleswig-Holstein marktwirtschaftlich fortentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass unter anderem die hohen Energiepreise und der *Inflation Reduction Act* der USA, insbesondere die darin enthaltenen protektionistischen Elemente, eine Herausforderung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft darstellen und auch in Schleswig-Holstein eine Fortentwicklung der industriepolitischen Strategie erfordern. Die Antwort auf diese Herausforderungen darf aber keinesfalls in einem Subventionswettbewerb oder in der Erwägung ähnlicher protektionistischer Maßnahmen als Gegenreaktion liegen. Der alleinige Fokus auf eine Ausweitung von Fördertöpfen greift zu kurz. Es ist darüber hinaus dauerhaft schädlich, wenn diese Fördertöpfe auch noch schulden-, garantie- oder beitragsfinanziert sind, wie dies durch den von der EU-Kommission vorgeschlagenen EU-Souveränitätsfonds der Fall wäre.

Der Landtag stellt zudem fest, dass die hohen Energiepreise und der *Inflation Reduction Act* nicht die alleinigen Ursachen für die Herausforderungen unseres Wirtschaftsstandortes sind. Sie wirken vielmehr wie ein Brennglas und verdeutlichen den dringenden politischen Handlungsbedarf, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Steigerung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit spürbar zu verbessern.

Der Landtag betont, dass wirtschaftliche Stärke und Wachstum kein Selbstzweck und nicht nur die Voraussetzung für zukunftssichere Unternehmen mit den damit verbundenen hochwertigen Arbeitsplätzen sind. Sie ermöglichen es erst, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an soziale und innere Sicherheit, Investitionen in den Klimaschutz, ein hochwertiges Bildungssystem und die Wahrung

ihres Wohlstands zu erfüllen. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschlands und damit auch unseres Bundeslandes daher wieder deutlich gestärkt werden. Insbesondere die Schaffung industrieller Arbeitsplätze und die Steigerung der Innovationskraft unserer Wirtschaft sind dabei für Schleswig-Holstein zentrale Herausforderungen. Der Fokus muss dabei auf einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik liegen, statt auf eine Ausweitung der Verteilungspolitik zu setzen.

Der Landtag stellt fest, dass hierzu die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen:

- **Reduzierung der Energiekosten** durch eine Absenkung der Energiesteuern und eine Reform des Strommarktes insbesondere im Hinblick auf Netzentgelte sowie durch eine **Ausweitung des Energieangebots**, unter anderem durch die kurz- und mittelfristige Weiternutzung der Kernenergie und Offenheit für technologischen Fortschritt;
- Stärkerer Einsatz beim **Aufbau einer breit aufgestellten Wasserstoffwirtschaft** als wichtiger Bestandteil auf dem Weg zur klimaneutralen Wirtschaft, wozu zunächst die durch europäische Regeln selbst gesetzten Hemmnisse u.a. in der RED II und die in Deutschland immer noch gültigen Regelungen zur Abschaltung von regenerativen Energiequellen beseitigt werden müssen. Mindestens in einer Übergangsphase bis zur Nutzung ausschließlich grünen Wasserstoffs sollte auch die Nutzung blauen oder türkisen Wasserstoffs weiterentwickelt und genutzt werden;
- **Stärkung von Freihandel** - insbesondere mit marktwirtschaftlichen Demokratien - zum Abbau von Marktbarrieren sowie kritischen Abhängigkeiten und zur Festlegung gemeinsamer Standards und Regeln;
- **Anreize für Investitionen** in Innovationen und Klimaschutz beispielsweise durch die Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung, leichteren Kapitalmarktzugang und Investitionsprämien wie Superabschreibungen;
- Schnellerer **Ausbau der notwendigen Infrastruktur**, wozu neben Straßen und Schienenwegen auch Mobilfunk, Glasfaser und die Energieversorgung zählen, da dies insbesondere in Ansiedlungsfragen wichtige Entscheidungskriterien sind;
- Deutlich **schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren** für alle Infrastrukturbereiche;
- **Flexibilisierung der bestehenden Arbeitszeitregelungen** im beidseitigen Interesse der Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- **Qualifizierte Zuwanderung** zur Deckung des Fachkräftebedarfes durch einen entsprechenden Rechtsrahmen erleichtern;
- Spürbare **Modernisierung der Verwaltung**, indem schnelle digitale Anwendungen das Ende des Papierzeitalters beschleunigen;
- Verständigung auf ein klares **Belastungsmoratorium** und engagierter **Bürokratieabbau**;

- **Klares Bekenntnis zur Schuldenbremse** und zu einer verlässlichen Finanzpolitik, die auf eine Reduzierung der bestehenden hohen Steuer- und Abgabenlast setzt und damit nicht nur die Generationengerechtigkeit und Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im Blick hat, sondern den Wirtschaftsstandort Deutschland auch wieder attraktiver für Investitionen macht – krisenbedingte Unterstützungsmaßnahmen und Subventionsprogramm dürfen nicht zum Dauerzustand werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle möglichen Maßnahmen zur Umsetzung dieser Rahmenbedingungen zu ergreifen. Hierzu sollen unter anderem eine Überprüfung der Industrie- und Ansiedlungsstrategie mit Blick auf die genannten Punkte erfolgen und ausreichend Planungskapazitäten zum Ausbau der Infrastruktur im Land bereitgestellt werden. Um wichtige Infrastrukturvorhaben schneller realisieren zu können, soll die Landesregierung zudem alle Möglichkeiten zur Übernahme von Vorplanungen ausschöpfen.

Der Landtag fordert die Landesregierung des Weiteren auf, auf Bundesebene die Schaffung der genannten Rahmenbedingungen im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes aktiv zu unterstützen und einzufordern.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion